



RUSSLAND UND DAS NORDKOREANISCHE ATOMPROGRAMM ATOMWIRTSCHAFT IN RUSSLAND

■ ANALYSE		
	Das nordkoreanische Nuklearproblem – eine russische Sicht. Wladimir Jewsejew, Moskau	2
■ UMFRAGE		
	Die Atombombe – Attribut einer Großmacht?	6
■ ANALYSE		
	Probleme der russischen Nuklearwirtschaft. Adam N. Stulberg, Atlanta, GA	8
■ TABELLEN UND GRAFIKEN ZUM TEXT		
	Daten zur russischen Atomindustrie	11
■ UMFRAGE		
	Für und gegen Atomenergie	13
■ CHRONIK		
	Vom 18. bis zum 25. Mai 2006	16

Der Text „Probleme der russischen Nuklearwirtschaft“ auf den Seiten 8 bis 10 und die Karte auf Seite 11 wurden uns freundlicherweise von der Zeitschrift „Osteuropa“ zu Verfügung gestellt.

Analyse

Das nordkoreanische Nuklearproblem – eine russische Sicht

Wladimir Jewsejew, Moskau

Zusammenfassung

Nach Nordkoreas Erklärung, es verfüge über Atomwaffen, haben intensive Verhandlungen, an denen sechs Staaten – China, Russland, Japan, Südkorea, die USA und Nordkorea – beteiligt waren, vorläufig nicht zu einer Lösung geführt. Ein Fortschritt bei den Sechser-Gesprächen – die Rückkehr Nordkoreas zum Atomwaffensperrvertrag, die Anwendung der umfassenden Garantien der IAEO, die Demontage der Atomanlagen mit zweifacher Verwendung und Atomsprenköpfe – ist nur möglich, wenn China, Russland, Südkorea und Japan eine einheitliche Position formulieren. Dieses erfordert wiederum, dass die USA und Japan auf eine militärische Lösung des Problems verzichten. Es müssen die Perspektiven einer Beteiligung Russlands an der Lösung dieser Krise ausgelotet werden.

Die Sechserrunde und Nordkoreas Atompolitik

Im Februar 2005 erklärte das Außenministerium der Demokratischen Volksrepublik Korea offiziell, dass Nordkorea Atomwaffen besitzt und sich zeitweilig von den Sechser-Gesprächen zur Krise auf der koreanischen Halbinsel zurückziehen will. Die Weltgemeinschaft reagierte auf die Demarche Pjöngjangs negativ aus. Alle Teilnehmerstaaten den Sechser-Gespräche (neben Nordkorea China, Russland, USA, Südkorea, Japan) verstanden die Notwendigkeit einer friedlichen Lösung der Krise. Dank ihren gemeinsamen Anstrengungen fand vom 26. Juli bis zum 6. August 2005 in Beijing die erste Etappe der vierten Runde der Sechser-Gespräche über das nordkoreanische Nuklearproblem statt, allerdings ohne nennenswerte Fortschritte. Während der zweiten Etappe der vierten Runde (vom 13. bis zum 19. September 2005) wurde zum ersten Mal ein wesentliches Ergebnis erreicht: es wurde eine Gemeinsame Erklärung verabschiedet. Die USA verpflichteten sich, Nordkorea Energie zu liefern, im Gegenzug sollte Nordkorea sein militärisches Nuklearprogramm einstellen; weiterhin sollte in nächster Zukunft die Fertigstellung des nordkoreanischen Atomkraftwerkes erörtert werden. Außerdem erklärte Washington, dass es Nordkorea nicht angreifen werde. Pjöngjang seinerseits versprach, in den Atomwaffensperrvertrag zurückzukehren, Inspektoren der Internationalen Atomenergieorganisation (IAEO) Zutritt zu seinen Atomanlagen zu gewähren und Maßnahmen zur Verbesserung der bilateralen Beziehungen zu den USA und Japan zu ergreifen.

Die Verhandlungen laufen sich fest ...

Trotz allem beschränkte sich die fünfte Runde der Sechser-Gespräche, die in Beijing im November

2005 stattfinden sollten, nur auf eine dreitägige erste Etappe. Eine zweite Etappe hat bis heute nicht stattgefunden. Nach Meinung der Bush-Administration ist die nordkoreanische Führung immer noch nicht zu einem konstruktiven Dialog bereit und versucht lediglich, weitere Zugeständnisse der anderen Verhandlungsteilnehmer zu erreichen; daher sollten die USA, Russland, China, Japan und Südkorea eine gemeinsame politische Linie verfolgen, die sich auf Sanktionen gegen die nordkoreanische Spitze stützt, um die schlimmsten Szenarien, die auf der koreanischen Halbinsel eintreten könnten, abzuwenden. Unter dem Druck Washingtons haben die Behörden von Macao (einer Sonderverwaltungszone von China) in der Bank „Delta Asia“ mehr als 24 Millionen Dollar der Demokratischen Volksrepublik Korea blockiert, mit der Beschuldigung, dass gefälschte amerikanische Valuta in Umlauf gebracht worden sei. Pjöngjang ist seinerseits der Meinung, dass die USA in Nordkorea einen Regimewechsel anstreben. Daher würden die Forderungen an Nordkorea ständig erhöht: zuerst wird die Einstellung des militärischen Atomprogramms gefordert, dann eine Demokratisierung des Landes, usw. Von Nordkorea würden unumkehrbare Veränderungen gefordert, während Zugeständnisse der USA und ihrer Verbündeten umkehrbar wären, was nach dem einseitigen Rückzug Washingtons aus dem Antirakettenvertrag 1972 besonders deutlich wurde.

Offensichtlich ist ein Fortschritt in der nordkoreanischen Atomfrage in der nächsten Zukunft unwahrscheinlich. Während des letzten Treffens im November 2005 verpflichteten sich die Vertreter der beiden koreanischen Staaten, Listen ihrer Atomanlagen vorzulegen, was bis jetzt aber noch nicht geschehen ist. Eine Reihe von russischen Experten sind der Meinung, dass Nordkorea bereit ist, die Gespräche fortzusetzen, um

Sicherheitsgarantien und wirtschaftliche Dividenden zu erhalten, dass aber Washington nicht immer die nötige Flexibilität an den Tag legt.

Nordkorea – vom Marxismus zum Konfuzianismus?

Vor einer Betrachtung der atomaren Fragen muss man verstehen, wie sich das nordkoreanische Regime heute darstellt. Seit den frühen 1990er Jahren rückt das Land von der marxistisch-leninistischen Ideologie ab. Konfuzianische Werte und nationale Traditionen, insbesondere der Ahnenkult, sind wiederauferstanden. Die These, dass die Demokratische Volksrepublik Korea die Erbin der alten koreanischen Staaten ist, ist zur neuen grundlegenden Legitimation Nordkoreas geworden.

Kim Jong Il, der das Land seit dem Tode Kim Il Sung's führt, hat nicht nur gewissenhaft die meisten konfuzianischen Bräuche und Verhaltensregeln während der dreijährigen Trauerperiode für seinen verstorbenen Vater eingehalten, sondern auch die Religionsausübung erlaubt. Dies hat seine Macht gestärkt und politische Stabilität erhöht, die weder durch den Hunger noch die Wirtschaftskrise der zweiten Hälfte der 1990er Jahre erschüttert wurde.

Der neue Führer hat sich allem Anschein nach für den chinesischen Weg entschieden, das heißt, für allmähliche wirtschaftliche Reformen unter strenger staatlicher Kontrolle. Ab Juli 2002 hat Nordkorea das System der Rationierung auf Marken drastisch eingeschränkt und die Gehälter der Arbeiter und Beamten um das 15–20fache erhöht (allerdings sind die Preise für Waren und Dienstleistungen noch mehr gestiegen). In den Fabriken gibt es jetzt verschiedene Arten von materiellen Anreizen. Die Einkaufspreise für landwirtschaftliche Güter sind wesentlich erhöht worden und die Möglichkeiten von Genossenschaftsmitgliedern für individuelle Arbeit sind erweitert worden. Die koreanische Währung ist jetzt begrenzt konvertierbar und es ist die Erlaubnis gegeben worden, ausländische Währung in Umlauf zu bringen.

Die Wirtschaftsprobleme

Eines der gravierendsten Probleme der nordkoreanischen Wirtschaft ist nach wie vor der akute Mangel an elektrischer Energie. Ob sich das Regime halten kann, wird in vieler Hinsicht davon abhängen, wie es dieses Problem löst. Das Land kann nur mit Hilfe eigener Nuklearenergie eine selbstständige Energieversorgung garantieren. In Anbetracht des begrenzten nordkoreanischen Warenexportes sind Strom- oder Brennstofflieferungen für Wärmekraftwerke, z.B. aus Russland, nur kostenlos möglich.

Ein weiteres Problem der Wirtschaft sind die begrenzten Investitionen von außen. 2002 rechnete Pjöngjang mit einer günstigeren Entwicklung: Damals nahm die Europäische Union diplomatische Verbindungen zur Demokratischen Volksrepublik Korea auf und war bereit, sich aktiv an der Politik der „Einbeziehung“ und Modernisierung Nordkoreas zu beteiligen. Es zeichnete sich eine Normalisierung der Beziehungen zu Tokio ab, die Entschädigungen (für während der Kolonialherrschaft erlittene Schäden) versprach, wie auch eine Normalisierung der Beziehungen zu Washington; später aber änderte sich dies unter dem Druck der USA. Jetzt gewährt keine internationale Finanzinstitution Pjöngjang einen Kredit, daher spielen die Investitionen Chinas und Südkoreas eine äußerst wichtige Rolle.

Chance für eine Transformation?

Nach Meinung vieler Beobachter ist eine evolutionäre Transformation der nordkoreanischen Gesellschaft durch eine allmähliche Privatisierung von Strukturen, die den südkoreanischen „Jaebeols“ [Konglomerate] ähneln, möglich, natürlich mit einer größeren Beteiligung des Staates. Ausländische, vor allem südkoreanische, Investitionen könnten zu einer Modernisierung der Industrie und Landwirtschaft beitragen. Wenn es einem solchen Pfad folgen würde, könnte Nordkorea innerhalb von 10–15 Jahren eine Wirtschaft gemischten Typs aufbauen, mit hoher Beteiligung des staatlichen Sektors, die eng mit Südkorea verbunden ist. Eine allmähliche wirtschaftliche und politische Annäherung schafft die Voraussetzungen für einen einzigen Staat auf der koreanischen Halbinsel, zuerst als Konföderation.

Dieses ist aber noch in weiter Zukunft. Heute lebt die Demokratische Volksrepublik Korea nach wie vor „wie zu Kriegszeiten“. Jeder fünfte Mann im arbeitsfähigen Alter dient in den Streitkräften, 30–50% der Wirtschaft arbeiten für militärische Bedürfnisse. Mitte der 1990er brach in Nordkorea eine Hungersnot aus, die nach amerikanischen Schätzungen zum Tode von ein bis zwei Millionen Menschen führte. Es wären noch mehr Opfer geworden, wenn die Weltgemeinschaft nicht in großem Umfang Hilfe geleistet hätte.

Die außenpolitische Lage Nordkoreas

Nach dem ersten Gipfeltreffen in der Geschichte der beiden koreanischen Staaten in Pjöngjang im Juni 2000 haben sich die Beziehungen zwischen den beiden Koreas wesentlich verbessert. Ende 2002 sanktionierte Pjöngjang die Schaffung der gemeinsamen Industriezone Kaesong und der Tourismuszone

Keumgang-san in unmittelbarer Nähe der demilitarisierten Zone. Südkorea sieht in diesen Projekten den Anfang für einen gemeinsamen Wirtschaftsraum und ist bereit, hierfür bedeutende Mittel aufzuwenden. Beide Seiten beabsichtigen, ihre Schienennetze zu vereinigen, mit einem Zugang zur russischen Transsibirischen Eisenbahn.

Doch die außenpolitische Lage der Demokratischen Volksrepublik Korea ist nach wie vor sehr schwierig. Formal ist der Koreakrieg nicht beendet: Nordkorea hat diplomatische Beziehungen weder zu seinem südlichen Nachbarn noch zu den USA oder Japan. Einflussreiche rechtsgerichtete Kreise in Südkorea kritisieren das Regime in Pjöngjang scharf, während die republikanische Administration der USA Nordkorea gänzlich zur „Achse des Bösen“ und zu den „Hochburgen der Tyrannei“ hinzurechnet und dabei vor der Möglichkeit warnt, dass es militärische Mittel einsetzen könnte und Nordkorea in die Liste der Ziele für einen atomaren Präventivschlag aufgenommen hat. Das ungelöste Problem der durch das nordkoreanische Regime entführten Japaner behindert eine Normalisierung der Beziehungen zu Tokio. All dies und das militärische Atomprogramm in den 1960ern und 1970er Jahren bewegten die Führung Nordkoreas dazu, ein eigenes Atomwaffenprogramm aufzubauen.

Nordkorea als Atommacht

In den 1980er Jahren wurde in Nordkorea die Entwicklung eines vollen nuklearen Brennstoffzyklus abgeschlossen. Dazu gehören Uranbergwerke in Paktson und Pjöngsan, ein Sonderlaboratorium in der Kim-Il-Sung-Universität in Pjöngjang, eine Fabrik zur Herstellung von nuklearen Brennstäben mit Lager, ein Forschungsreaktor mit 5 Megawatt Leistung (mit doppeltem Zweck: Produktion von Elektrizität und waffenfähigem Plutonium) und das radiochemische Laboratorium des Institutes für Radiochemie (für die Gewinnung von Plutonium aus abgebranntem Kernbrennstoff) im atomaren Wissenschafts- und Forschungszentrum in Jongbjon.

Mit dieser Infrastruktur kann waffenfähiges Plutonium gewonnen werden. Die IAEA nimmt an, dass Nordkorea jährlich bis zu 10 Kilogramm waffenfähiges Plutonium erzeugen kann, was für ein bis zwei nukleare Sprengköpfe ausreicht. Unter russischen Experten herrscht die Meinung vor, dass die Demokratische Republik Korea eine gewisse Quantität waffenfähigen Plutoniums angehäuft und einige atomare Sprengkörper hergestellt hat, deren Tauglichkeit aber zweifelhaft ist. Nordkorea ist es höchstwahrscheinlich auch nicht gelungen, eine aus-

reichende Menge von hoch angereichertem Uran für den Bau einer Atomwaffe anzuhäufen.

Die Reaktion der internationalen Gemeinschaft

In den letzten Jahrzehnten haben die führenden Staaten der Welt mehr als einmal versucht, die Arbeit an dem nordkoreanischen Atomwaffenprogramm zu stoppen, zuerst durch bilaterale Gespräche. Anfangs spielte die Sowjetunion eine führende Rolle bei dem Versuch, dieses akute Problem zu lösen. Mitte der 1980er Jahre forderte sie Nordkorea auf, den Atomwaffensperrvertrag zu unterschreiben, als Vorbedingung, um von der Sowjetunion Hilfe beim Aufbau der Atomenergie zu erhalten. Erst nachdem dieses geschehen war, lieferte Moskau einen gasgekühlten und graphitmoderierten Forschungsreaktor mit einer Leistung von 5 Megawatt und baute ihn in Jongbjon auf. Russland stellte die nukleare Zusammenarbeit mit Nordkorea vollständig ein, nachdem Nordkorea seinen Rücktritt vom Atomwaffensperrvertrag 1993 angekündigt hatte.

Später verstärkten die USA ihre Aktivitäten in der Region. Nach den bilateralen Gesprächen zwischen den USA und Nordkorea im Juni 1993 kündigte Nordkorea an, dass es seinen Rücktritt vom Atomwaffensperrvertrag aussetzen würde, wenn sich Washington im Gegenzug nicht in innere Angelegenheiten einmischen und nicht mit militärischer Gewalt drohen würde. Im Oktober 1994 unterschrieben Pjöngjang und Washington eine Rahmenvereinbarung, nach der Pjöngjang sich verpflichtete, sein Atomprogramm zu stoppen, während Washington jährlich 500.000 Tonnen Erdöl an Nordkorea liefern und Nordkorea behilflich sein würde, seine diplomatischen und wirtschaftlichen Beziehungen zur Außenwelt zu verbessern. Die Clinton-Administration stimmte diesen Maßnahmen zu, da sie sicher war, dass Kim Jong Il, der im Juli 1994 die Nachfolge von Kim Il Sung angetreten hatte, sich nicht an der Macht halten würde.

Das Scheitern der Rahmenvereinbarung von 2003

Gemäß der Rahmenvereinbarung planten die USA, 2003 in Nordkorea ein Kernkraftwerk mit zwei Leichtwasserreaktoren mit einer Gesamtleistung von 2 Gigawatt zu errichten, während Nordkorea die Graphitreaktoren, die Plutonium herstellen können, schließen sollte. Zu dieser Zeit verpflichtete sich Pjöngjang, erneut die Verpflichtungen zu erfüllen, die ihr durch die Garantievereinbarung mit der IAEA auferlegt waren. Im März 1995 gründeten Südkorea,

die USA und Japan das internationale Konsortium „Energieentwicklung auf der koreanischen Halbinsel“ (englische Abkürzung KEDO), das die Anstrengungen für den Bau eines Atomkraftwerkes in Nordkorea bündeln sollte. Später wurde auch die EU in das Konsortium einbezogen. 1997 wurde der Bau des AKW im Sinpo-Gebiet in Nordkorea begonnen. Allerdings steuerten die Republikaner, die 2001 in den USA an die Macht gekommen waren, praktisch auf eine Ablehnung der von der vorherigen Administration geschlossenen Vereinbarung hin. Es wurden sowohl die kostenlosen Erdöllieferungen an Nordkorea wie auch der Bau des AKW eingestellt. Daraufhin kündigte Pjöngjang die Wiederaufnahme seines militärischen Atomprogramms an; im Januar 2003 setzte es formal den Vorsitzenden des Sicherheitsrates der UNO und die Unterzeichnerstaaten des Atomwaffensperrvertrages darüber in Kenntnis, dass es vom Vertrag zurücktreten würde, da der Schutz der höchsten nationalen Interessen angesichts der Feindschaft und des Drucks seitens der USA gewährleistet sein müsse. Im April desselben Jahres erklärte Nordkorea die Absicht, Atomwaffen herzustellen; im Mai kündigte es einseitig die Vereinbarung mit Nordkorea aus dem Jahre 1992, die die koreanische Halbinsel zur atomwaffenfreien Zone erklärte.

Die Perspektive der Sechsergespräche

Im Zeitraum von 1997 bis 1999 wurden gleichzeitig mit den bilateralen Verhandlungen sechs Vierer-Gespräche mit Beteiligung der USA, Nordkoreas, Südkoreas und Chinas durchgeführt. Es gab keinen wesentlichen Fortschritt: Die Positionen der USA und Nordkoreas waren unvereinbar, es gab auch keine wirklichen Hebel, um Pjöngjang zu beeinflussen. Allmählich ging die Initiative für multilaterale Verhandlungen zu China über, auch Russland nahm eine aktivere Position ein.

Im Januar 2003, gleich nach dem Rücktritt Nordkoreas vom Atomwaffensperrvertrag und als die USA einen Dialog verweigerten, übergab der Sondergesandte des russischen Präsidenten Alexander

Losjukow Pjöngjang und Washington (und danach auch den übrigen interessierten Parteien) Vorschläge zu einer Gesamtlösung der nordkoreanischen Atomfrage. Sie sieht vor, dass der atomwaffenfreie Status der koreanischen Halbinsel garantiert, der Atomwaffensperrvertrag eingehalten und die durch die Rahmenvereinbarung und andere internationale Verträge vereinbarten Verpflichtungen erfüllt werden. Pjöngjang formulierte eigene Vorschläge zur Lösung der Krise auf der Grundlage der russischen Vorschläge. Auf Pjöngjangs Initiative wurde Russland zu den folgenden Gesprächen eingeladen, die Anzahl der Teilnehmer wuchs auf sechs: Russland, Nordkorea, Südkorea, USA, China und Japan. Die erste Runde der Sechser-Gespräche fand im August 2003 statt, bis jetzt hat es vier Runden gegeben.

Ein Fortschritt bei den Sechser-Gesprächen – die Rückkehr Nordkoreas zum Atomwaffensperrvertrag, die Anwendung der umfassenden Garantien der IAEO, die Demontage der Atomanlagen mit zweifacher Verwendung und Atomsprenköpfe – ist nur möglich, wenn China, Russland, Südkorea und Japan eine einheitliche Position formulieren. Dieses erfordert wiederum, dass die USA und Japan auf jeden Fall auf eine militärische Lösung des Problems verzichten. Im Weiteren wäre es sinnvoll, wenn auf die eine oder andere Art die Bestimmungen der Rahmenvereinbarung über den Bau von Leichtwasserreaktoren wieder in Kraft gesetzt werden würde; vor deren Fertigstellung müsste Brennstoff geliefert werden. Es müssen die Perspektiven einer Beteiligung Russlands an der Lösung dieser Krise ausgelotet werden; insbesondere könnte Russland atomaren Brennstoff für die zu bauenden AKWs liefern und die abgebrannten Brennstäbe ausführen. Darüber hinaus könnten die Bemühungen Südkoreas, ein eigenes Atom-U-Boot zu bauen und hierfür auf der Grundlage von hoch angereichertem Uran nuklearen Brennstoff herzustellen, dazu führen, dass Seoul unter bestimmten Umständen selbst ein Atomwaffenprogramm schafft.

*Übersetzung aus dem Russischen: Matthias Neumann
Redaktion: Hans-Henning Schröder*

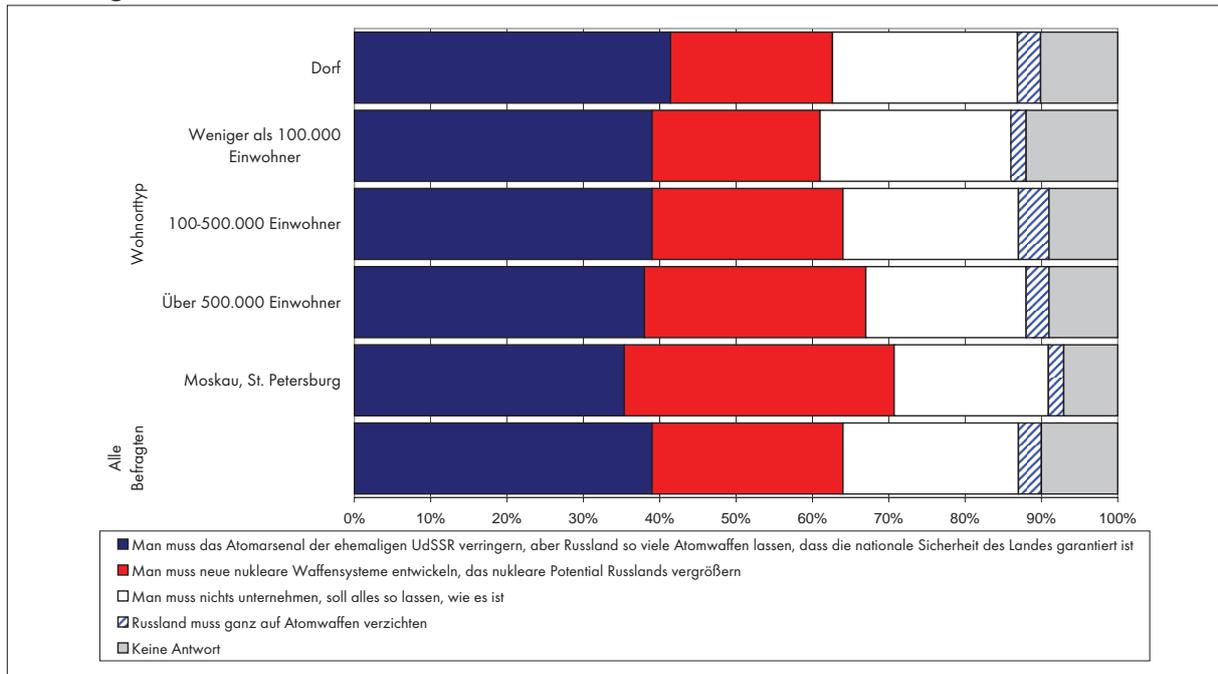
Über den Autoren:

Wladimir Walerjewitsch Jewsejew ist Kandidat der Technischen Wissenschaften (Dr. Ing.), Leitender Wissenschaftlicher Mitarbeiter des Zentrums für Internationale Sicherheit des Instituts für Weltwirtschaft und Internationale Beziehungen (IMEMO) und Assistent eines Abgeordneten der Staatsduma. Er ist Experte für Internationale Sicherheit.

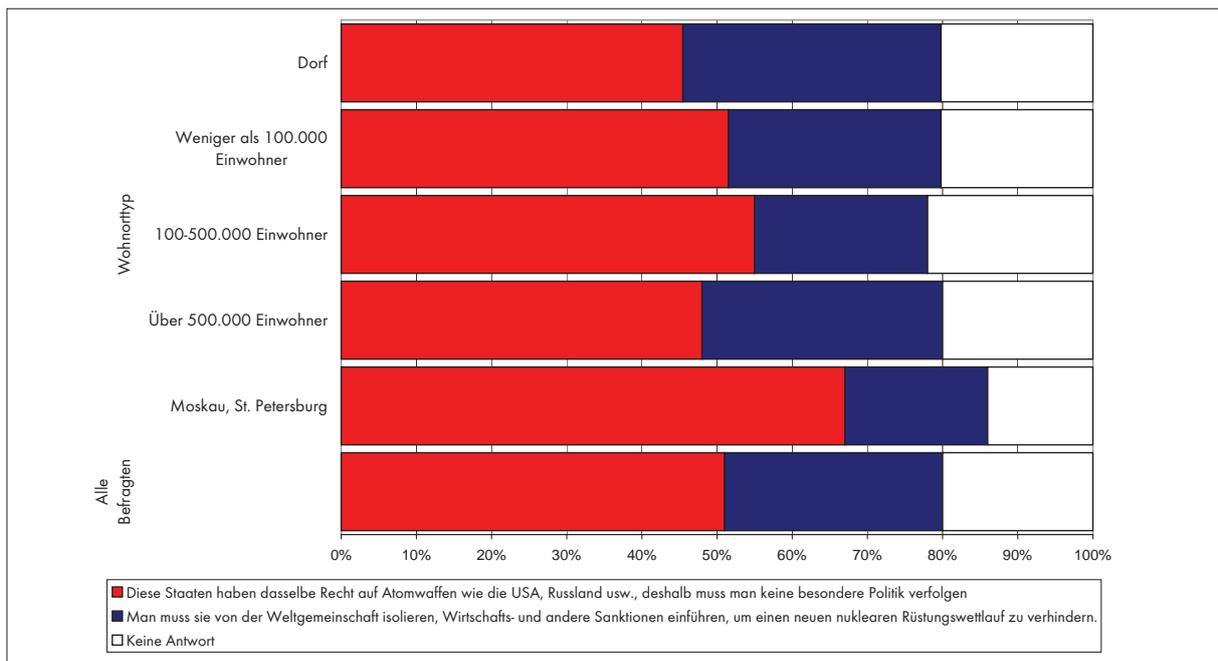
Umfrage
Die Atombombe – Attribut einer Großmacht?

Quelle: Umfrage des Meinungsforschungsinstituts VCIOM am 30.–31. Juli 2005
<http://wciom.ru/?pi=45&article=1589>

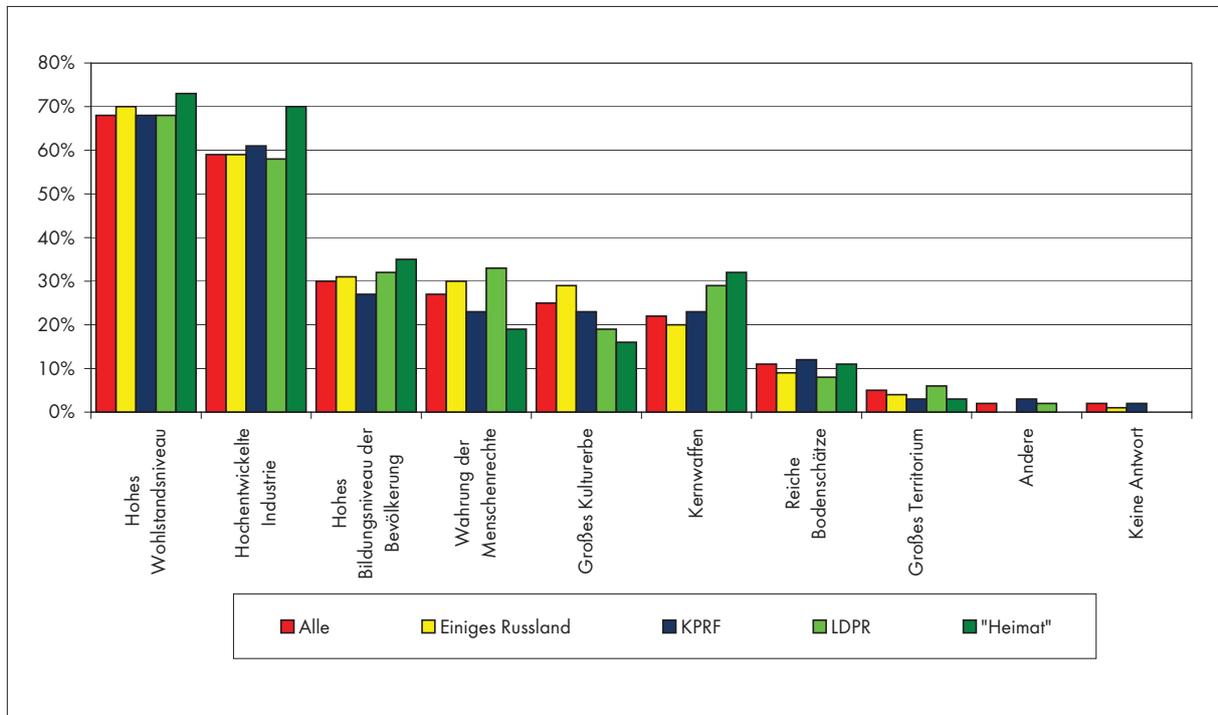
Das nukleare Potential Russlands wurde in der Sowjetzeit aufgebaut. Was soll Russland Ihrer Meinung nach mit seinen Atomwaffen machen?



In den letzten Jahren haben Indien und Pakistan Atomwaffen erworben. Nordkorea und andere Staaten arbeiten daran. Welche Politik sollen Russland und die anderen Atommächte in Bezug auf diese "neuen Atommächte" verfolgen?



Was macht eine Großmacht aus?



(Nach Parteiorientierung, bis zu 3 Antworten)

	Alle	Einiges Russland	KPRF	LDPR	„Heimat“
Hohes Wohlstandsniveau	68%	70%	68%	68%	73%
Hochentwickelte Industrie	59%	59%	61%	58%	70%
Hohes Bildungsniveau der Bevölkerung	30%	31%	27%	32%	35%
Wahrung der Menschenrechte	27%	30%	23%	33%	19%
Großes Kulturerbe	25%	29%	23%	19%	16%
Kernwaffen	22%	20%	23%	29%	32%
Reiche Bodenschätze	11%	9%	12%	8%	11%
Großes Territorium	5%	4%	3%	6%	3%
Andere	2%	0%	3%	2%	0%
Keine Antwort	2%	1%	2%	0%	0%

Erratum

In den Russlandanalysen 97 ist uns bedauerlicherweise ein Fehler unterlaufen: In der Analyse „Gazprom in seiner Förderregion“ auf Seite 11 müssen die Prozentangaben in den folgenden Sätzen: „Zum einen bestehen enge Netzwerke mit den Kommunalverwaltungen der Förderorte, zum anderen sind Gazproms Vertreter auch direkt im Regionalparlament vertreten, wo sie in der Legislaturperiode 2000 bis 2005 einen Stimmenanteil von 12,6% hatten. Im neuen Regionalparlament hat Gazprom (einschließlich Sibneft) seinen Stimmenanteil auf 36% vergrößert, wobei der Konzern grundsätzlich von leitenden Managern seiner in der Region vertretenen Tochterfirmen im Parlament repräsentiert wird“ richtigerweise lauten: 28,8% bzw. 36,4%. Eine korrigierte Fassung der Russlandanalysen 97 wird auf unserer Website verfügbar sein.

Analyse

Probleme der russischen Nuklearwirtschaft

Adam N. Stulberg, Atlanta, GA

Das Erstarken des Atomsektors

Wer heute einen Blick auf Russlands Nuklearkomplex wirft, dem muss der Unfall von Tschernobyl wie eine ferne, verblasste Erinnerung erscheinen. Nach zwanzigjähriger Identitätskrise und fast einem Jahrzehnt finanzieller Restriktionen, des Niedergangs und der Randständigkeit ist Russlands Nuklearindustrie wieder auf dem aufsteigenden Ast. Die Regierung stärkt ihr den Rücken, um ihren Einfluss im In- und Ausland auszudehnen. Im Zentrum steht ein Paket von Initiativen, das auf die Entflechtung und Neuausrichtung des militärischen und zivilen Sektors des Nuklearkomplexes zielt. Oberstes Ziel ist es, den Profit im zivilen Sektor zu steigern. Dazu sollen die Reaktorkapazitäten in Russland ausgebaut und der Anteil der Atomenergie an der Stromerzeugung erhöht, neue Brennstoffinitiativen entwickelt sowie der Bau von Reaktoren weltweit vorangetrieben werden. Dieses Programm ist integraler Bestandteil von Präsident Vladimir Putins Strategie der „Energiesicherheit“, die auf der Anwendung ökonomischer *hard power* und *soft power* beruht. Wie auf dem Öl-, Gas- und Strommarkt versucht Moskau, die wieder erstarkte Atomindustrie so einzusetzen, dass sie Russlands Stellung als aufstrebende Energiesupermacht untermauert und damit dazu beiträgt, das Wirtschaftswachstum und die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, günstige Bedingungen für die regionale Integration zu fördern und Russland seinen verlorenen Status als Weltmacht wieder zu verschaffen.

Bürokratische Hemmnisse

Die Diskrepanz zwischen zentraler Macht und tatsächlicher administrativer Kontrolle in Russland bremst seit langem die strategischen Ambitionen des Kremls im Nuklearsektor. Unter Jelzin behinderte der weite Entscheidungsspielraum, der subnationalen Akteuren eingeräumt und von ihnen auch usurpiert wurde, die Formulierung und Implementierung nationaler und internationaler Programme; in gewissem Sinne erleichterte er sie aber auch. Einige regionale und lokale Verwaltungen nutzten ihre gesetzlich verankerte oder de facto bestehende Macht, um föderale Regelungen zur Nuklearsicherheit und Beseitigung von radioaktivem Müll aufzuheben und den Bau von Nuklearanlagen in ihrem Herrschaftsbereich zu verhindern. Andere intervenierten zugunsten einer Bereitstellung fehlender Ressourcen, um die Diversifikation und Kommerzialisierung der staatlichen Atomanlagen zu fördern oder Hindernisse aus dem Weg zu räumen, die einer internationalen Unterstützung für bestimmte Projekte im Wege standen. In ähnlicher Weise entstehen der Putin-Administration aufgrund der mangelnden föderalen Kontrolle hohe politische und soziale Kosten bei dem Versuch, zentrale Nuklearinitiativen durchzusetzen. Obwohl die Steuerungsverluste heute andere sind als in der Vergangenheit, bremsen sie den angestrebten Wiederaufstieg des Sektors im Inland und auf dem globalen Markt und eröffnen kommerziellen, politischen und ausländischen

Akteuren die Möglichkeit, die föderale Politik indirekt zu beeinflussen.

Im Inland erschwert die administrative Heterogenität den Aufschwung des Nuklearsektors. Nach wie vor klagen Direktoren von Atomanlagen, dass nicht mit einer einzigen Stimme gesprochen werde und eine kohärente Aufsicht über den Komplex fehle. Dies trübt dessen Aussichten auf eine betriebswirtschaftliche Ausrichtung und wachsende Wettbewerbsfähigkeit, die Putins Rezentralisierungsinitiative eigentlich eröffnen soll. Die Konfusion über die Art der föderalen Unterstützung und Kontrolle rief Irritationen unter lokalen Politikern und Leitern von Atomanlagen hervor und war für Unternehmen aus Russland und dem Ausland, die geplant hatten, sich finanziell an dem Technologiepark zu beteiligen, das Signal vorsichtig zu sein.

Schwierigkeiten der Kommerzialisierungsstrategie

Die administrativen Unsicherheiten machen die Umsetzung der ohnehin schon problematischen Wirtschaftsstrategie Moskaus für die Kommerzialisierung des Nuklearsektors noch komplizierter, dass *Rosenergoatom* und der Netzbetreiber *RAO EES* beim direkten Verkauf und der Verteilung von Elektrizität an russische Konsumenten miteinander konkurrieren, beschränkt das Marktpotential und drückt – im Zusammenhang mit Subventionen für den natio-

nalen Gasmarkt – den Einkaufspreis für Atomenergie. Ohne ein klares Bekenntnis, die Einkaufspreise zu erhöhen und sich den zu erwartenden politischen und sozialen Widerständen zu stellen, werden die Preise für Atomenergie auch in Zukunft kaum mehr als die Betriebs- und Instandhaltungskosten decken können. Höhere Subventionen und niedrigere Kosten für die Erzeugung von Elektrizität aus Erdgas sowie die auf 40 bis 50 Mrd. US-Dollar geschätzten Kosten für jeden neuen Reaktor bedeuten ebenfalls, dass die Finanzierung der geplanten 40 neuen Reaktoren auf den Staat zukommt. Auch mit einem effizienteren Management im Nuklearsektor ist es kaum vorstellbar, dass *Rosatom* in der Lage sein wird, private Investoren von den konkurrenzfähigen Märkten für konventionelle Energieträger abzuziehen, um diese Vorhaben zu unterstützen. Zudem besteht ein Spannungsverhältnis zwischen *Gazproms* kommerziellem Interesse, die Gewinnerwartung im Reaktorbau zu erhöhen, und der Geschäftspraxis von *Rosatom*, spezielle Konditionen anzubieten, um sich neue Märkte zu erschließen. Dies sendet sehr widersprüchliche Signale über die wirtschaftliche Attraktivität und Kosteneffizienz von Reaktorverkäufen. Diese Verwirrung ist ein Hauptgrund, weshalb es seit 1998 nicht gelungen ist, zusätzliche internationale Verträge abzuschließen.

Der Entsorgungsmarkt

Ähnlich behindern administrative Hemmnisse den ohnehin mühsamen Zugang zu dem Markt der Lagerung abgebrannter Brennelemente aus dem Ausland. Zwar gelang es Putin und der Spitze des Nuklearkomplexes 2001, ein Gesetz verabschieden zu lassen, das die Einfuhr von abgebrannten Brennelementen aus dem Ausland und die langfristige Lagerung in Russland erlaubt. Zudem sicherten sie sich die Unterstützung durch die Internationale Atomenergiebehörde (IAEA), die Möglichkeiten für den Bau eines internationalen Lagers für abgebrannte Kernbrennstäbe zu erkunden. Dennoch sah sich *Rosatom* bei seinen wiederholten Initiativen in dieser Richtung mit starken politischen und wirtschaftlichen Widerständen konfrontiert. Zu Beginn machte die Atomregulierungsbehörde Einwendungen gegen die Aufsichtsmechanismen der Regierung. Außerdem organisierten russische Umweltgruppen zahlreiche lokale Referenden und öffentliche Protestveranstaltungen gegen den Transport von verbranntem Kernbrennstoff über ganze Regionen hinweg. Diese Gruppen spielten auch eine wichtige Rolle bei der Aufdeckung finanzieller Ungeheimheiten im Regierungskonzept zum Umgang mit abgebrannten Brennelementen. Diese Enthüllungen führten nicht nur dazu, dass der Regierung strikere

Auflagen für ihre Rechenschaftsberichte gemacht wurden, sondern veranlassten Bulgarien und Ungarn, ihre vertraglichen Beziehungen mit Russland über die Rückführung von Atom Müll zu überdenken. Die Marktbedingungen sind aus Sicht Moskaus schlecht. 80 Prozent des weltweit vorhandenen verbrannten Brennstoffes kontrollieren die USA, um die restlichen 20 Prozent konkurrieren fünf bis sieben Wettbewerber. In Kasachstan und der Ukraine wächst das Interesse am Bau eigener Endlager, während in der EU gleichzeitig Zweifeln an Russlands Fähigkeit wachsen, eine „sichere“ Endlagerung zu garantieren. Das alles erhöht die *agency costs* von *Rosatom* erheblich – die politischen, strategischen und ökonomischen Kosten, das Regierungsprogramm umzusetzen.

Nukleare Sicherheit und Zivilgesellschaft

Ein unerwarteter Nebeneffekt von Putins Rezentralisierungsprogramm scheint ein wachsender Druck auf die Föderationsregierung zu sein, ihrer Verantwortung im Bereich der nuklearen Sicherheit nachzukommen. Obwohl die Opposition, zivilgesellschaftliche Akteure und Umweltgruppen durch die Putinschen Reformen auf beunruhigende Weise marginalisiert worden sind, haben es die Machtkonsolidierung innerhalb des Komplexes und Putins persönliches Drängen, Fragen der nuklearen technischen Sicherheit und des Schutzes stärker in den Blick zu nehmen, der Regierung erschwert, sich ihrer Verantwortung für Probleme und Störfälle im Atomsektor zu entziehen. Dies macht die Staatsmacht politisch verwundbar und schafft indirekte Möglichkeit für Nichtregierungsorganisationen, willkürliches Regierungshandeln einzudämmen, indem sie den in der Öffentlichkeit latent vorhandenen Mangel an Vertrauen in die Fähigkeit der Regierung ausnutzen, die Nuklearindustrie zu steuern. Indem sie den Nuklearsektor ins Blickfeld der Öffentlichkeit rücken – durch Gerüchte über Reaktorschließungen, Katastrophenübungen und Unfälle –, können Bürgerinitiativen und Umweltgruppen ein Klima der Besorgnis schaffen und so Moskau die schwere Bürde aufladen, seine Politik offen zu legen und zu rechtfertigen.

Die Atomindustrie auf dem internationalen Markt

Die Rezentralisierung wird auch die Chancen nicht fundamental verbessern, Putins internationale Strategie zu verwirklichen. Die kommerziellen Restriktionen bleiben bestehen, welche die Bedingungen für die Reintegration des nuklearen Brennstoffkreislaufs diktieren. Selbst wenn die Binnenreformen Moskau zu einem attraktiveren Partner für Joint-Ventures

in der Uranproduktion und Brennstofflieferung machen, wird Russlands anhaltende Schwäche auf dem internationalen Markt solchen Deals eher einen kommerziellen als einen strategischen Charakter verleihen. Beim trilateralen Abkommen mit Kasachstan und Kyrgyzstan über den gemeinsamen Uranabbau mussten alle Vertragspartner bei der Frage der Anteile an dem Gemeinschaftsunternehmen Federn lassen. Obwohl Russland bei diesem Unternehmen wahrscheinlich Gewinne einstrichen wird, konnte es sich keinen dominanten Anteil sichern oder Anteile an Zulieferfirmen in Kasachstan und Kyrgyzstan erkämpfen. Das gleiche gilt auch für den trilateralen Austausch von Brennstoffdienstleistungen mit Kasachstan und der Ukraine. Hier mussten russische Unternehmen ihre Zustimmung zu Equity-Swaps geben. Dieser Deal sicherte dem staatlichen Brennstoffunternehmen TVÉL lediglich befristete Vetorechte gegenüber kasachischen Firmen, Kasachstan hingegen eine langfristige Öffnung des russischen Markts für seine Brennstoff-Pellets, ohne ihm lukrative Geschäfte mit anderen internationalen Kunden zu verwehren.

Internationale Kooperation

Schließlich wird der bürokratische Opportunismus mehr als nur ein lästiges Ärgernis, wenn es darum geht, internationale Kooperationsprogramme umzusetzen. Die heimischen und globalen Markthin-dernisse für den Verkehr von abgebrannten Nuklearbrennstoffen erschweren es Russland im besten Falle, eine führende Rolle in einem internationalen System nuklearer Brennstoffdienstleistungen zu übernehmen. Um Erfolg zu haben, ist nicht nur eine signifikante strategische Unterstützung durch potentielle Kunden wie dem Iran, der G-8 und UN-Staaten notwendig, sondern auch mehr Transparenz und Kontrolle in Russland. Wichtiger jedoch ist, dass Putins schwelende Steuerungsprobleme die administrativen Herausforderungen noch vergrößern, die mit einer Zusammenarbeit auf dem Gebiet der nuklearen Sicherheit verbunden sind. Trotz programmatischer Fortschritte und legitimer Vorbehalte gegenüber der

Reziprozität der Verfahren im Umgang mit ausländischen Partnern hat das institutionelle Durcheinander, das durch die wiederholten Reformen im Nuklearsektor ausgelöst wurde, den Entscheidungsprozeß verlangsamt und die internationale Sorge verstärkt, ob Moskau entschlossen und effizient spaltfähiges Material kontrolliert und seine Verpflichtungen einhalten kann. Es bestehen Zweifel, ob Moskau die vereinbarten Fristen zur Sicherung von spaltbarem Material und Atomsprenköpfen sowie zur Reduzierung der Lagerbestände einhält. Der Mangel an Transparenz durch das Verteidigungsministerium, das die Anzahl der Lagerstätten für Sprengköpfe nicht offen legt, erschwert die Verifikation im Rahmen der Programme zwischen Russland und den USA. Auch die offenbar unbegrenzte Befugnis des FSB, den Zugang zu Lagerstätten für spaltbares Material zu beschränken, verstärkt die Frustration unter internationalen Programmpartnern und den russischen Empfängern. Wozu mangelnde Koordination zwischen den föderalen Behörden führen kann, hat vor nicht allzu langer Zeit der überaus peinliche und politisch kontraproduktive Vorfall gezeigt, bei dem eine US-amerikanische Delegation unter Senator Richard Lugar, einem der Architekten des US-Hilfsprogramms für den russischen Nuklearsektor, vom FSB festgenommen wurde, nachdem sie Atomanlagen in Perm besichtigt hatte. Der Vorfall lässt für die Zukunft der Kooperation im zivilen Nuklearsektor nichts Gutes hoffen. Lugar stellte fest, dass der Vorfall „einen dysfunktionalen Zustand illustriert, bei dem die linke Hand nicht weiß, was die rechte tut und die Leute einfach ihrer Tageslaune folgen, ohne Rücksicht auf die Welt um sie herum.“ Andere US-Experten konstatieren, dass die Autonomie der Geheimdienste, die durch Putins Rezentralisierung herbeigeführt wurde, die russisch-amerikanische Kooperation im Nuklearsektor eher beeinträchtigt, als es in der Jelzin-Ära der Fall war, als vieles auf der Ebene einzelner Anlagen erreicht werden konnte.

*Übersetzung aus dem Englischen von Andrea Huterer,
Berlin & Steven Arons, Frankfurt/Main*

Über den Autor

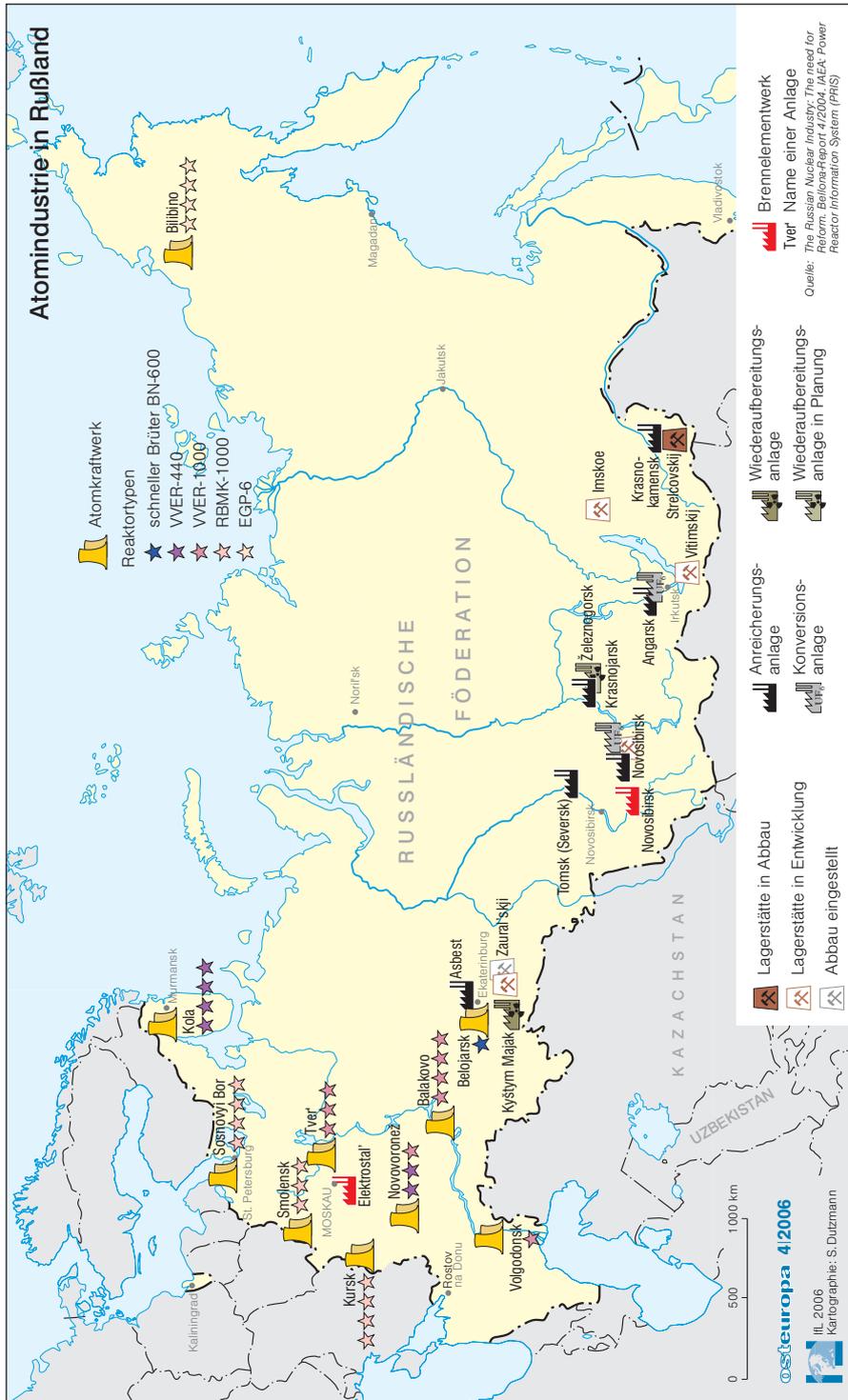
Adam N. Stulberg ist Assistant Professor, Sam Nunn School of International Affairs, Georgia Institute of Technology, Atlanta, GA

Lesetipp:

Der vorliegende Text ist ein Auszug aus dem Artikel: *Russlands Nuklearsektor - Zentralisierung, Kontrolle, Wettbewerb* in: Osteuropa, 56. Jg., 4/2006, S. 199–219.

Tabellen und Grafiken zum Text

Daten zur russischen Atomindustrie



Die russischen Atomkraftwerke 2004

Reaktorblöcke in Betrieb

Bezeichnung des AKW, Nr. des Blocks	Reaktortyp	Leistung (MW)		Ende der Regellaufzeit	Nutzungslizenz	
		Netto	Brutto		Lizenznummer	Auslaufen der Lizenz
Balakovskaja-1	VVÉR	950	1000	2015	GN-03-101-0991	25/12/2007
Balakovskaja-2	VVÉR	950	1000	2017	GN-03-101-0990	31/3/2005
Balakovskaja-3	VVÉR	950	1000	2018	GN-03-101-1245	15/3/2009
Balakovskaja-4	VVÉR	950	1000	2023	GN-03-101-0989	30/6/2005
Belojarskaja-3	BN	560	600	2010	GN-03-101-1078	8/4/2010
Bilibinskaja-1	ÉGP-6	11	12	2004	GN-03-101-0957	1/2/2005
Bilibinskaja-2	ÉGP-6	11	12	2005	GN-03-101-0973	1/3/2005
Bilibinskaja-3	ÉGP-6	11	12	2006	GN-03-101-0974	1/4/2005
Bilibinskaja-4	ÉGP-6	11	12	2006	GN-03-101-0975	1/5/2005
Kalininskaja-1	VVÉR	950	1000	2014	GN-03-101-1132	1/7/2008
Kalininskaja-2	VVÉR	950	1000	2016	GN-03-101-1010	30/9/2004
Kol'skaja-1	VVÉR	411	440	2003	GN-03-101-1130	6/7/2008
Kol'skaja-2	VVÉR	411	440	2004	GN-03-101-1314	30/7/2009
Kol'skaja-3	VVÉR	411	440	2011	GN-03-101-1081	3/4/2011
Kol'skaja-4	VVÉR	411	440	2014	GN-03-101-1230	7/10/2009
Kurskaja-1	RBMK	925	1000	2007	GN-03-101-1168	19/12/2006
Kurskaja-2	RBMK	925	1000	2009	GN-03-101-1248	28/1/2009
Kurskaja-3	RBMK	925	1000	2013	GN-03-101-1180	15/11/2008
Kurskaja-4	RBMK	925	1000	2015	GN-03-101-1181	30/11/2008
Leningradsckaja-1	RBMK	925	1000	2003	GN-03-101-1204	21/12/2006
Leningradsckaja-2	RBMK	925	1000	2005	GN-03-101-1153	12/7/2005
Leningradsckaja-3	RBMK	925	1000	2010	GN-03-101-1079	25/2/2006
Leningradsckaja-4	RBMK	925	1000	2011	GN-03-101-1035	22/1/2006
Novovoronežskaja-3	VVÉR	385	417	2001	GN-03-101-1029	31/12/2006
Novovoronežskaja-4	VVÉR	385	417	2002	GN-03-101-1215	31/12/2008
Novovoronežskaja-5	VVÉR	950	1000	2010	GN-03-101-1217	31/12/2008
Rostovskaja-1	VVÉR	950	1000	2031	GN-03-101-0979	1/1/2005
Smolenskaja-1	RBMK	925	1000	2012	GN-03-101-1200	30/12/2008
Smolenskaja-2	RBMK	925	1000	2015	GN-03-101-1227	30/1/2009
Smolenskaja-3	RBMK	925	1000	2020	GN-03-101-0938	15/4/2007

Geplante Inbetriebnahme von Reaktorblöcken bis 2010

Bezeichnung des AKW, Nr. des Blocks	Reaktortyp	Leistung (MW)		Unternehmen	Baubeginn	Inbetriebnahme
		Netto	Brutto			
Kalininskaja-3	VVÉR	950	1000	Rosenergoatom	1/10/1985	2004
Kurskaja-5	RBMK	925	1000	Rosenergoatom	1/12/1985	2006
Rostovskaja-2	VVÉR	950	1000	Rosenergoatom	1/5/1983	2007
Balakovskaja-5	VVÉR	950	1000	Rosenergoatom	1/4/1984	2009

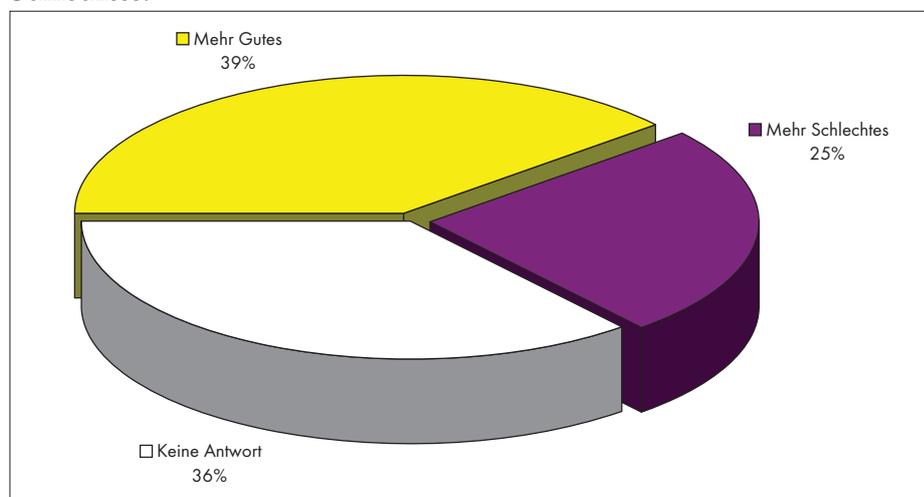
Reaktorblöcke in der Stilllegungsphase

Bezeichnung des AKW, Nr. des Blocks	Reaktortyp	Leistung (MW)		Unternehmen	Baubeginn	Inbetriebnahme	Abschaltung
		Netto	Brutto				
Belojarskaja-1	AMB	102	108	Rosenergoatom	1/6/1958	26/4/1964	1/1/1983
Belojarskaja-2	AMB	146	160	Rosenergoatom	1/1/1962	1/12/1969	1/1/1990
Novovoronežskaja-1	VVÉR	197	210	Rosenergoatom	1/7/1957	31/12/1964	16/2/1988
Novovoronežskaja-2	VVÉR	336	365	Rosenergoatom	1/7/1964	14/4/1970	26/8/1990

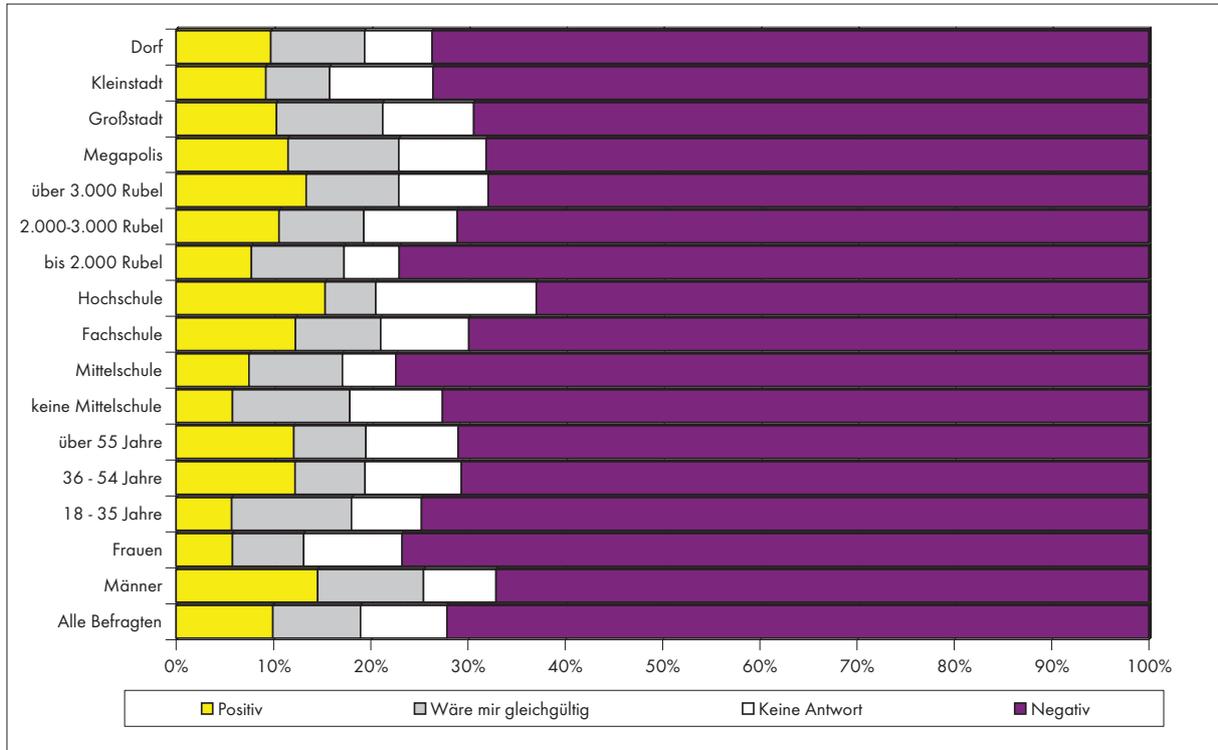
Quelle: Vorlage der Russischen Föderation zum „3rd Review Meeting of the Contracting Parties“ der Convention on Nuclear Safety, April 2005 in Wien, vorgelegt im Herbst 2004 http://old.minatom.ru/presscenter/document/norm_doc/fz/fz_27.doc

Umfrage
Für und gegen Atomenergie

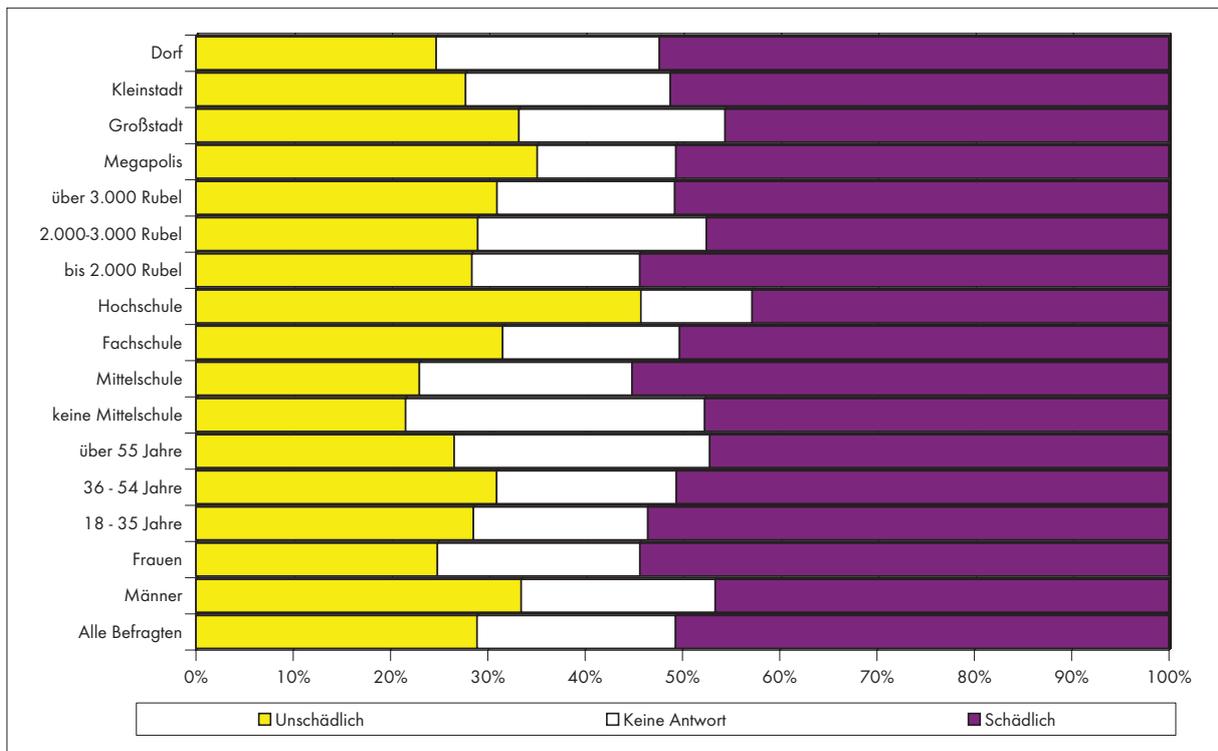
Umfragen der „Stiftung Öffentliche Meinung“ (FOM) vom 11.–12. Februar 2006 <http://bd.fom.ru/zip/tb0607.zip>

Bringt die Entwicklung der Atomenergie Russland insgesamt mehr Gutes oder mehr Schlechtes?


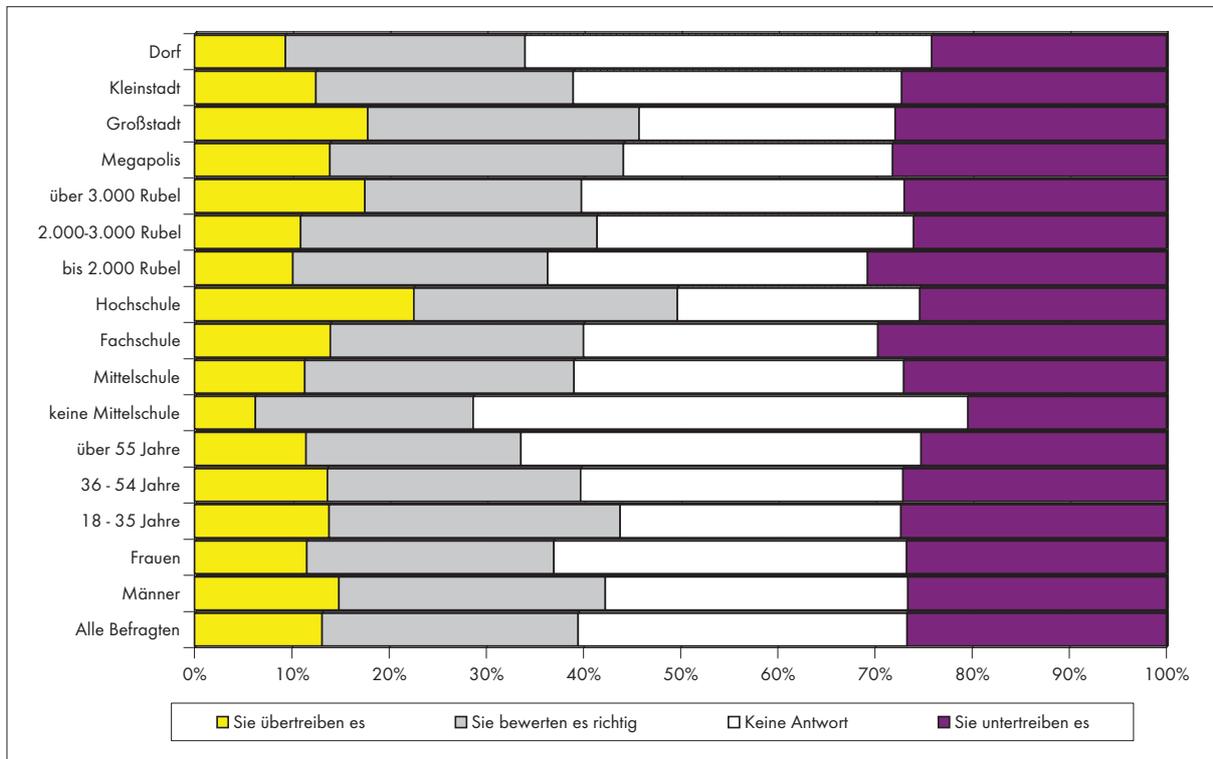
Wenn man beschlösse, in der Nähe Ihrer Stadt (Ihres Dorfes) ein Atomkraftwerk zu bauen, wie würden Sie reagieren?



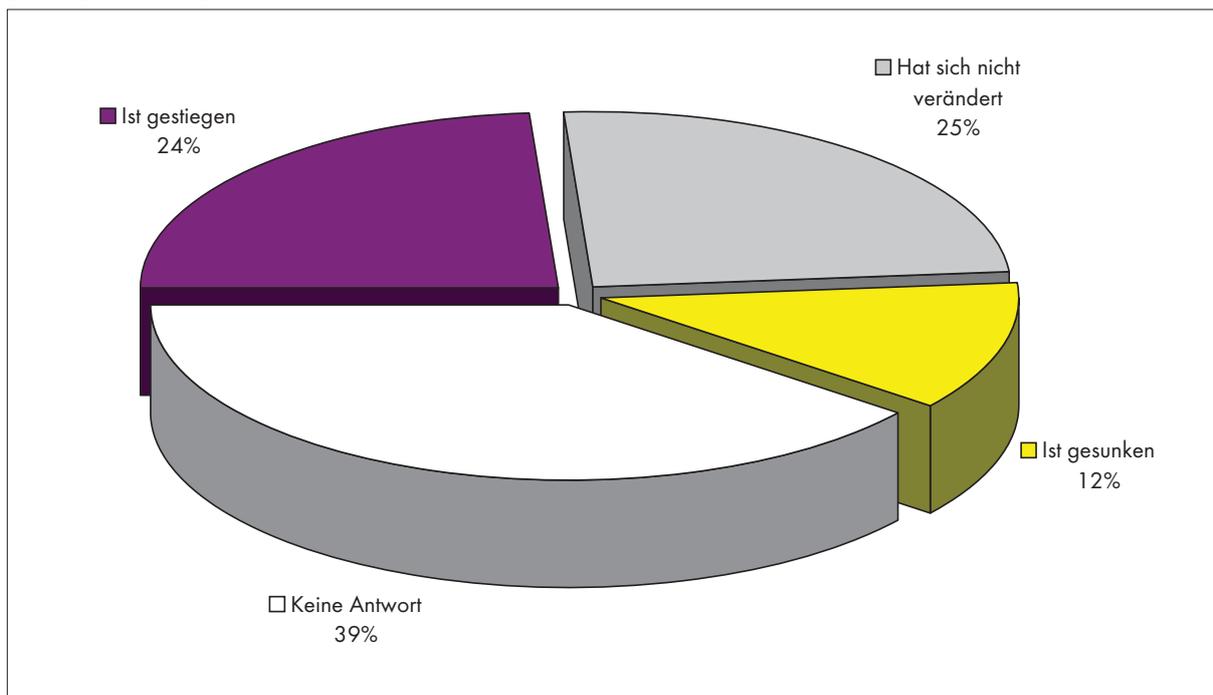
Sind Atomkraftwerke, die ohne Störungen und Unfälle laufen, für die Umwelt schädlich oder unschädlich?



Stellen die russischen Massenmedien das Risiko, das mit der Entwicklung der Atomkraft in Russland verbunden ist richtig dar?



Ist in den vergangenen 20 Jahren die Wahrscheinlichkeit einer großen Nuklearkatastrophe gestiegen oder gesunken?



Chronik

Vom 18. bis zum 25. Mai 2006

18.5.2006	Papst Benedikt XVI. empfängt Metropolitan Kirill von Smolensk und Kaliningrad, den Leiter der Abteilung für auswärtige Beziehungen im Moskauer Patriarchat zu einem Gespräch.
19.5.2006	Russland übernimmt für halbes Jahr den Vorsitz im Ministerkomitee des Europarates
20.5.2006	Putin empfängt in Sotschi eine Abordnung der Jugendorganisation „Naschi“ und spricht zu ihnen über Zivilgesellschaft und Patriotismus.
20.5.2006	Putin empfängt in Sotschi den kasachischen Präsidenten Nursultan Nasarbajew und erörtert mit ihm bilaterale Fragen (u.a. den Umgang mit der Raumfahrtanlage Bajkonur) und das gemeinsame Verhalten im Rahmen der Shanghai-Organisation. Im Anschluss an das Gespräch übergibt Putin Nasarbajew den Vorsitz im Rat der Staatsoberhäupter der GUS.
20.5.2006	Die Moskauer Polizei löst gewaltsam eine Protestveranstaltung geprellter Immobilienkäufer auf, die vor dem russischen Regierungssitz ein Zeltlager errichtet haben. 34 von ca. 150 Demonstranten werden festgenommen.
21.5.2006	Am Todestag von Andrej Sacharow demonstrieren in Moskau 500 Personen gegen die zunehmende Abkehr von den Menschenrechten in Russland.
21.5.2006	In Chasawjurt (Dagestan) stürmen Sicherheitskräfte ein Haus, in dem sich zwei Untergrundkämpfer aufhalten. Beim Sturm werden die beiden Untergrundkämpfer getötet, drei Polizisten verletzt.
22.5.2006	Ein Zürcher Wirtschafts-Schiedsgericht kommt zu dem Ergebnis, dass Leonid Reiman, der russische Minister für Informationstechnologie und Kommunikation, seine offizielle Position missbräuchlich genutzt hat, um dem Telecom-Unternehmen Megafon, an dem er 25% der Aktien besitzt, Vorteile zu verschaffen.
22.5.2006	Amnesty International veröffentlicht seinen Menschenrechtsreport 2006 http://web.amnesty.org/report2006/incx-eng . Mit Bezug auf Russland kritisiert AI Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger, die Zunahme rassistischer Gewalttaten, Misshandlungen in Gefängnissen, häusliche Gewalt und insbesondere die Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien.
23.5.2006	Die Präsidenten von Georgien, der Ukraine, Aserbejdshan und Moldawa Saakaschwili, Juschtschenko, Alijew und Woronin unterzeichnen in Kiew mehrere Dokumente zur Gründung der „Organisation für Demokratie und wirtschaftliche Entwicklung – GUAM“, die die vier Länder in ihrem Streben nach „Demokratie, Sicherheit und Stabilität“ vereinen und ihre Annäherung an die Europäische Union sowie die Nato koordinieren soll. Die GUAM erhält ein ständiges Sekretariat mit Sitz in Kiew.
23.5.2006	Alexej Barinow, der Gouverneur des Autonomen Bezirks der Jamal-Nenzen, wird in Archangelsk verhaftet. Ihm wird vorgeworfen 2003 als Generaldirektor des Unternehmens Archangelskgeoldobytscha an Betrügereien beteiligt gewesen zu sein.
24.5.2006	Die Mitgliederversammlung der russischen Akademie der Wissenschaften übergeht bei den Nachwahlen hochrangige Politiker und Finanzmagnaten. U.a. hatten sich Landwirtschaftsminister Gordejew, der Stellvertretende Vorsitzende der Duma, Tschilingarow, und der Vizepräsident der Rosbank, Jerschow, als Korrespondierende Mitglieder beworben.
24.5.2006	In Grosny gerät eine Ermittlungsgruppe der Miliz in einen Hinterhalt. Ein Polizist wird getötet, ein zweiter verletzt.
24.5.2006	In St. Petersburg nimmt die Polizei acht Personen fest, die verdächtig sind, einen senegalesischen Studenten und den Wissenschaftler und Antisemitismus-Experten Nikolaj Girenko ermordet zu haben. Die Untersuchungsbehörden prüfen, ob der Gruppe weitere rassistische Gewalttaten zur Last gelegt werden müssen.
25.5.2006	In Sotschi beginnt der EU-Russland-Gipfel.
25.5.2006	Das Oberste Gericht gibt der Klage Michail Chodorkowskijs recht und stellt fest, dass die das Reglement des Straftägers, das den Verkehr zwischen Häftlingen und Verteidigern regelt, nicht dem Gesetz entspricht.
25.5.2006	Die Staatsanwältin leitet gegen den Vizegouverneur von Tscheljabinsk, Konstantin Botschkarow, ein Verfahren wegen der Unterschlagung von 112 Mio. Rubel ein.

Die Russlandanalysen werden mit Unterstützung durch die Otto-Wolff-Stiftung gemeinsam von der Forschungsstelle Osteuropa an der Universität Bremen und der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

Die Meinungen, die in den Russlandanalysen geäußert werden, geben ausschließlich die Auffassung der Autoren wieder.

Abdruck und sonstige publizistische Nutzung sind nach Rücksprache mit der Redaktion gestattet.

Redaktion und technische Gestaltung: Matthias Neumann, Heiko Pleines, Hans-Henning Schröder

Russlandanalysen-Layout: Cengiz Kibaroglu

ISSN 1613-3390 © 2006 by Forschungsstelle Osteuropa, Bremen

Forschungsstelle Osteuropa • Publikationsreferat • Klagenfurter Str. 3 • 28359 Bremen • Telefon: +49 421-218-7891 • Telefax: +49 421-218-3269

e-mail: publikationsreferat@osteuropa.uni-bremen.de • Internet-Adresse: www.russlandanalysen.de